Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 51 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 2000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 13. März 1923 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 88 mm Breite 40.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 150.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 100.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler erklärte in Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, daß eine allgemeine Einstellung der Lohnerhöhungen nicht beabsichtigt ist.

* Die deutsche Regierung hat in eingehenden Darlegungen die französische Verdächtigung widerlegt, daß sie bei der Pariser Konferenz keinen Reparationsplan gehabt hätte.

* Die Gewalttaten der Franzosen im Ruhrgebiet haben abermals mehrere Todesopfer gefordert.

* Der Hauptpunkt der Brüsseler Beratungen wird darin bestehen, neue Methoden zur Ausbeutung des Ruhrgebiets zu finden.

* Auf englischen Protest hin ist der Interalliierten Rheinlandkommission die Autorität über die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzten Gebiete entzogen worden.

„Hier bin ich, hier bleibe ich!"

Poincaré hält es vollkommen für „Recht", daß er die deutschen Gebiete „erobert" und jeden Tag ein paar Deutsche ruhigen Herzens erschießen läßt. Die haben es gar nicht besser verdient; denn sie haben ein — Attentat auf ihn, Napoleon Poincaré den Großen, verübt. Der „Radical", eine Pariser Zeitung, hat es enthüllt und alle französischen Herzen beben vor Entrüstung. Die Deutschen sind nämlich durch den Versailler Vertrag verpflichtet, an das arme ausgeplündete Frankreich unter anderem auch — Bienen zu liefern. Erst haben sie sich gesträubt, aber schließlich — „wir sind die Sieger" — mußten sie doch einen Zug mit Bienenvölkern beladen nach Frankreich schicken. Aber was taten diese „Boches"? Sie schickten angeblich „Ersatz"bienen, die sich zwar kolossal vermehren, aber keinen Honig liefern. Und Poincaré braucht, um Frankreich zum Siege und Ruhm führen zu können, täglich große Mengen von Honig. Es ist gar nicht auszudenken, was geschehen kann, wenn er seinen Honig nicht erhält!

Frankreich wird demnach von den Deutschen hinten und vorn betrogen; nichts halten sie, was immer sie versprechen. Darum (offenbar wegen der verfälschten Bienen) erklärt Poincaré in der französischen Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten ausdrücklich, Frankreich werde die Sicherheiten und Pfänder, die es mit Beschlag zu belegen gezwungen gewesen sei, nicht gegen einfache Versprechungen aus der Hand geben. Jedoch sei es bereit, die amtlichen Vorschläge der deutschen Regierung zu prüfen, sobald sich Deutschland über seine Lage klar sein und solche Vorschläge machen würde. Irgendwelche Vermittlung, Intervention oder indirekte Verhandlungen werde die französische Regierung aber nicht annehmen.

Man merkt die Folgen der deutschen Ersatzbienenlieferung; honigtriefend sind diese Erklärungen nicht. Deutlich genug richten sich diese Worte Poincarés gegen England, wo ja in den letzten Tagen oft der Wunsch nach einer Intervention ausgesprochen, von Bonar Law nicht prinzipiell abgelehnt, aber als sehr schwierig hingestellt wurde. Dem schiebt Poincaré einen festen Riegel vor. England soll ausgeschaltet werden bei der Neuordnung der kontinentaleuropäischen Verhältnisse; ganz ungescheut wird das von den französischen Zeitungen ausgesprochen. Poincaré fährt nach Brüssel, begleitet von einem großen Stab. General Degoutte selbst ist dabei und der Kriegsminister, die Herren Tirard, Vorsitzender der Rheinlandkommission und Le Trocquer, der Minister für Wiederaufbau, um mit Belgien die Bedingungen zu besprechen, die man den Deutschen stellen will, sobald sie zusammenbrechen. Aber nicht Bedingungen, über die man dann mit den Deutschen verhandelt, sondern die von diesen einfach anzunehmen sind.

Sie bedeuten eine glatte Beseitigung aller Frankreich „schädigenden" Bestimmungen des Versailler Vertrages, „Ergänzungen" zu diesem Vertrage nennt man sie harmlos. Da ist zunächst Frankreich verpflichtet, 1923 den Koblenzer Brückenkopf zu räumen; so bestimmt es der Vertrag. Das soll beseitigt werden; Frankreich könne es „mit seiner Sicherheit" nicht vereinbaren, die Rheinufer zu räumen. J'y suis, j'y reste, denkt es: ich bin da und bleibe da. Das war doch das Ziel des Krieges, Erfüllung 700jähriger Wünsche. 1935 soll eine Abstimmung im Saargebiet stattfinden darüber, ob dieses Land zu Frankreich will oder bei Deutschland bleibt. Obwohl alles, aber auch alles geschieht an Gewalt und Überredung, obwohl der Frank rollt, weiß Frankreich nicht, ob nicht die Bevölkerung sich doch für Deutschland entscheidet. Also soll auch diese Bestimmung beseitigt werden — zweifellos im Namen der „Selbstbestimmung der Völker".

Frankreich braucht die deutsche Kohle, vor allem den deutschen Koks, der so billig geliefert wird, daß die französische Eisenindustrie fast konkurrenzlos billig arbeitet. Und „gezahlt" wird er durch — Deutschland; denn er wird ja auf Reparationskonto verrechnet. Die Kohlenlieferungen Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag festsetzt, nehmen aber 1927 ihr Ende. Dann muß Frankreich die deutsche Kohle regelrecht kaufen. Auch das soll umgestoßen werden; man will diese Zwangslieferungen verewigen. Und schließlich: die Reparationsverpflichtungen Deutschlands sollen ein für allemal festgelegt werden, und zwar alle, sowohl die Bar- wie die Naturalverpflichtungen. Auch der Zeitpunkt, zu dem sie jeweils zu erfüllen sind. Nicht eher wird das Rheingebiet geräumt, als bis Deutschland den letzten Pfennig bezahlt, die letzte Lieferung geleistet hat. Und das alles ohne jede Rücksicht darauf, ob Deutschland überhaupt in der Lage dazu ist. Der Versailler Vertrag hatte eine wiederholte Prüfung zugesagt darüber, wie sich die deutschen Wirtschafts- und Zahlungsverhältnisse entwickeln, um diesen die Verpflichtungen anzupassen. Fort damit! Das ist eine „Schädigung" Frankreichs. Alle diese Pläne und Vorschläge, denen natürlich Belgien ohne weiteres zustimmen wird, sind ja nur dazu da, durch die Unmöglichkeit der Erfüllung Deutschlands „üblen Willen zu beweisen". Es hat geleistet, was nie ein besiegtes Volk geleistet hat; mehr als 100 Milliarden Goldmark hat es hingegeben. Doch Shylock Frankreich besteht auf seinem Pfund Fleisch nahe dem Herzen Deutschlands.

Bonar Law hat soeben im Unterhaus eine Anfrage, ob Frankreich-Belgien ohne Englands Zustimmung denn den Versailler Vertrag so einfach ändern dürfe, verneinend beantwortet. Alle, die jenen Vertrag unterschrieben, müßten vorher gefragt werden.

Vielleicht wird es sich nun endlich bald entscheiden, ob England willens ist, hinter seine Worte auch Taten zu setzen.

*

Ein angeblicher deutscher Reparationsplan.

Der durch seine Falschmeldungen berüchtigte Berliner Korrespondent des „Journal" will erfahren haben, daß die Reichsregierung seit einigen Tagen an der Abfassung eines neuen Reparationsprogramms arbeite.

Es beruhe im großen und ganzen auf den Vorschlägen, die Dr. Bergmann auf der Pariser Konferenz erstatten sollte, weiche aber in wichtigen Punkten davon ab. Besonders in der Frage der Naturallieferungen. Es soll aus fünf Teilen bestehen, und zwar: 1. Naturallieferungen, 2. Geldzahlungen, 3. Garantien, 4. Auswärtige und innere Anleihen und 5. Gesundung der deutschen Finanzen. Die deutschen Industriellen seien heute viel geneigter, Zugeständnisse zu machen. Die Studien, die die deutsche Regierung gegenwärtig unternähme, dürften aber in keiner Weise als Vorboten einer bevorstehenden Kapitulation angesehen werden. Deutschland wünsche jedoch mehr denn je die Intervention einer dritten Macht, und als geeignete Persönlichkeit betrachte man den tschechischen Außenminister Dr. Benesch. Die Deutschen würden dann der Internationalisierung des Ruhrgebiets zustimmen und es würden enge Abmachungen zwischen der englischen, deutschen und französischen Industrie beschlossen werden. Die Deutschen würden auch zugeben, daß die Räumung des Ruhrgebietes abschnittsweise erfolgt, gleichzeitig mit der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands.

Gegenüber diesen Mitteilungen wird von amtlicher deutscher Seite festgestellt, daß von einem solchen Plan keine Rede ist, und daß sich am deutschen Regierungsprogramm, wie es noch in der letzten großen Rede des Kanzlers klar enthalten war, nichts geändert hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Dr. Luther über die Ernährungslage.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich Reichsernährungsminister Dr. Luther über die Ernährungslage. Die von der Reichsregierung getroffenen Vorkehrungen für die Versorgung der besetzten Gebiete mit Fett, Speck und Schmalz bewähren sich im allgemeinen sehr gut. Ebenso die holländische Milcheinfuhr und die Einfuhr von Milchpulver. Notfälle, die immer wieder durch Gewaltgriffe der Franzosen und Belgier bestehen, werden stets nach Möglichkeit sofort behoben. Außerhalb der besetzten Gebiete habe die Reichsregierung das nötige Brotgetreide bis in den Sommer hinein fest in der Hand.

Boelitz für den Burgfrieden.

In einer Ansprache in Growau erklärte der preußische Kultusminister Dr. Boelitz, das einzige, was die Tapferen an der Ruhr erschüttern könnte, wäre der Gedanke, daß wir anderen nicht mit voller Kraft zu ihnen stehen; blieben wie aber alle stark, dann werde auch ihre Widerstandskraft keinem Stoße erliegen. Vor allem müßten die politischen Parteien jetzt unbedingt Burgfrieden halten, und Erziehung zum politischen Denken, Erziehung zur Staatsgesinnung seien jetzt tausendmal mehr wert als ödes Parteigerede.

Die Freigabe deutscher Vermögen in Amerika.

Wie der Sonderbeauftragte des Hansabundes, der nach Annahme des Gesetzes betreffend die Freigabe des deutschen Vermögens in Amerika eine eingehende Besprechung mit dem Treuhänder für die Verwaltung der feindlichen Vermögen in Washington hatte, mitteilt, ist der Treuhänder zurzeit damit beschäftigt, mit größter Beschleunigung die nötigen Ausführungsbestimmungen zum Freigabegesetz aufzustellen. Diese Ausführungsbestimmungen, die dem Hansabund sofort zugehen werden, sind innerhalb von 14 Tagen zu erwarten. Es wird jetzt darauf aufmerksam gemacht, daß unter allen Umständen in jedem einzelnen Falle ein Antrag auf Freigabe beim Treuhänder gestellt werden muß. Interessenten gibt die Amerikaabteilung des Hansabundes, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 36, unentgeltlich Auskunft.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Abg. Geisler, von dessen Ausscheiden aus der Deutschen Volkspartei die Rede war, hat der Fraktion Erklärungen abgegeben, worauf diese sich mit dem Verbleiben Geislers in der Fraktion einverstanden erklärte.

Berlin. Geheimer Legationsrat v. Schmidt-Elskopf, der stellvertretende Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, ist zum deutschen Gesandten in Montevideo ausersehen.

Paris. Der „Temps" stellt fest, daß Südslawien, das von den deutschen Sachlieferungen starken Gebrauch mache, allein im Jahre 1922 für 117 Millionen Goldmark auf Grund des Friedensvertrages bezogen habe.

Reichstag und Steuergesetze.

(Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

h. Berlin, 10. März.

Fast zu einer parlamentarischen Krise hat sich die Beratung über die Änderung der Steuergesetze im Reichstag ausgewachsen. Die Regierung hatte in ihren Entwürfen ziemlich weitgehende Vorschriften für die Berücksichtigung der Geldentwertung bei der Entrichtung rückständiger Steuern aufgestellt. Es sollte dadurch den vielfach laut gewordenen Klagen die Spitze abgebrochen werden, daß den immer sofort durch den Lohnabzug zur Steuerleistung herangezogenen Gehalts- und Lohnempfängern wirkliche Lasten auferlegt würden, während die mitunter erst nach Jahren eingehenden Steuern aus selbständigen Betrieben und Unternehmungen irgendwelcher Art durch die mittlerweile eingetretene Geldentwertung zu lächerlich geringen Beträgen zusammenschrumpften. Die bürgerlichen Parteien hatten nun ein Kompromiß abgeschlossen, das die Bestimmungen der Regierungsvorlagen erheblich milderte. Dagegen wandte sich mit großem Elan die vereinigte Sozialdemokratie unter dem Beistand der noch weiter links stehenden Gruppen. Verlangt wurde zum mindesten die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Nachdem in der Freitagssitzung des Reichstages einige Punkte im Sinne der bürgerlichen Parteien angenommen waren, so der Zuschlag der zu beseitigenden Kapitalertragssteuer zur Körperschaftssteuer, wobei die bisher von der Kapitalertragssteuer befreiten Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch weiter von einem Zuschlag befreit sein sollten, kam es zu einem offenen Zusammenstoß der großen Parteien. Der sozialdemokratische Abgeordnete Soldmann beantragte die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die eine engere Staffelung der nach oben sich erhöhenden Steuersätze vorsah gegenüber dem bürgerlichen Kompromiß. Soldmann verlangte die Beseitigung der Milderungen bei der Erbschaftssteuer und kündet an, seine Partei werde das ganze Gesetz ablehnen, wenn ihre Anträge nicht berücksichtigt würden. Abg. Helfferich von den Deutschnationalen macht darauf aufmerksam, daß man durch solche Debatten die Einheitsfront gegen Frankreich störe und den Franzosen Material gegen Deutschland liefere. Das Kompromiß habe keineswegs den Besitz bevorzugen, sondern einfach den für die Lohnsteuer geltenden Entwertungsfaktor auch auf die Besitzsteuer anwenden wollen. In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag zur Vermögenssteuer mit 183 gegen 145 Stimmen abgelehnt und der Kompromißantrag angenommen. Der sozialdemokratische Antrag zur Zwangsanleihe wird mit 187 gegen 149 Stimmen, der zur Erbschaftssteuer mit 192 gegen 148 Stimmen abgelehnt, die Fassung des Ausschusses (Kompromiß) angenommen.

Durch diese Abstimmungen war die Erregung auf der linken Seite des Hauses stark gestiegen, und als man jetzt an die Bewertungsvorschriften für Devisen-, Effekten- und Warenbesitz kam, richtete der Sozialdemokrat Dr. Hertz in einer heftigen Rede die schärfsten Angriffe gegen Rechte und Mitte, deren Beschlüsse sich lediglich aus ihrer Rücksicht auf die Interessengruppen des Besitzes und deren Steuerscheu erklären ließen. Abg. Dr. Helfferich bezeichnet die Berechnungen des Abgeordneten Dr. Hertz als von falschen Voraussetzungen ausgehend. Nach weiteren Bemerkungen von beiden Seiten wird eine Reihe von Änderungen des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der Bewertungsvorschriften nach den Ausschußvorschlägen angenommen. Darunter befindet sich auch die vom Ausschuß eingefügte Bestimmung, wonach für die Angehörigen freier Berufe bei der Veranlagung für 1922 20 % des Einkommens nach Abzug der Werbungskosten, und zwar mindestens 30 000, höchstens 80 000 Mark, in Abzug gebracht werden können.

Als jetzt die Vorschriften über die Ermittlung des Betriebsgewinnes beraten, und die sozialdemokratischen Anträge, Wertpapiere und ausländische Zahlungsmittel nicht als Gegenstände des Betriebsvermögens gelten zu lassen, abgelehnt wurden, kommt es zum offenen Zwist und zur Obstruktion. Der Sozialdemokrat Müller-Franken erklärt, das Kompromiß bringe eine solche steuerliche Entlastung für den Besitz, daß seine Partei die politische Verantwortung für die Beschlüsse nicht tragen könne.

Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal, das Haus ist beschlußunfähig, die Weiterberatung muß unterbrochen werden.

Für eine halbe Stunde später ruft der Präsident die Sitzung wieder ein. Gleich zu Anfang beantragt der Kommunist Koenen unter großer Erregung, die Weiterberatung von der Tagesordnung abzusetzen. Der Kampf um die Steuern müsse nunmehr auf die Straße und in die Betriebe getragen werden. Abg. Dr. Helfferich führt aus, die bürgerlichen Parteien hätten nur ein allgemeines deutsches Interesse, ein Reichsinteresse an den Gesetzen. Er beantragt für heute Vertagung der Lesung. Der Antrag wird angenommen, der kommunistische abgelehnt.

Aber noch eine dritte Sitzung folgt, ehe dieser ereignisreiche Tag zu Ende geht. Der Gesetzentwurf über Anlegung gesetzlicher Reserven der Aktiengesellschaften in Dollarschatzanweisungen des Reiches wird in zwei Lesungen debattelos erledigt, das Gesetz birgt Vorschriften, nach denen bei Rückgang des Dollarkurses für die im Reservefonds angelegten Dollarschatzanweisungen etwaige Verluste abgeschrieben werden können.

Und nun vertagt man sich gleich bis Montag. Wieder steht die Geldentwertung bei der Steuergesetzgebung auf der Tagesordnung — ob die widerstreitenden Meinungen sich bis dahin auf eine Einigungsformel vereinigen können, dürfte für die Gestaltung unserer inneren Politik von wesentlicher Bedeutung sein.

Rückzug der Rheinlandkommission.

Ein „Kommissar" für das Ruhrgebiet.

Die Engländer wollen mit den französischen Gewalttaten nichts gemein haben, und infolge eines von ihnen ausgesprochenen Protestes wird künftighin die interalliierte Rheinlandkommission keine Autorität über die Gebiete ausüben, die von den Franzosen am rechten Rheinufer besetzt wurden. England hat erklärt, daß die Ausdehnung der Machtbefugnisse am rechten Rheinufer eine

Verletzung des Versailler Vertrages

sei. Dafür wollen nun die Franzosen mit den Belgiern ein neues Abkommen darüber treffen, wie man das Ruhrgebiet auf die beste Art und Weise ausnutzen könne. Es soll wieder die Frage der Einsetzung eines Kommissars für das Ruhrgebiet aufgeworfen werden. Ferner beabsichtigen die Franzosen, die Kohlenmission von Essen nach Düsseldorf zu verlegen, was vielleicht als ausgesprochener Rückzug auszulegen ist.

Die Lage im Oberbergischen.

Gummersbach, 10. März. Der französische Patrouillendienst der letzten Tage im nordwestlichen Teil des Kreises Gummersbach fand heute seine Fortsetzung. So kamen heute vormittag 20—30 Mann Kavallerie aus Richtung Wipperfürth durch Frielingsdorf, trennten sich in Kaiserau und ritten in Richtung Engelskirchen bezw. Berghausen. Wie an den Vortagen, so kamen auch heute die Patrouillen nicht bis an die Bahnlinie Marienheide—Gummersbach. Beide Orte sind nicht besetzt, wiewohl die Franzosen schon vor einigen Tagen von Düsseldorf nach Paris meldeten, daß auch in Gummersbach eine Zollstation errichtet worden sei. Wohl haben die Franzosen in Wipperfürth jetzt den Bahnhof besetzt, und dort im Wartesaal 2. Klasse eine Zollstation eingerichtet. Für die Besetzung von Gummersbach liegt übrigens, da die Franzosen Overath und Wipperfürth in Händen haben, also die Schlüsselstationen der Eisenbahn besetzt halten, ein direkter Anlaß nicht vor. Die Bahnverbindung nach dem unbesetzten Deutschland ist frei.

Wipperfürth, 10. März. Die von hier nach Hückeswagen abgerückte Schwadron Dragoner besetzte die Wuppertalbrücke in Hückeswagen, sodaß die Strecke nach Radevormwald gesperrt ist. Der Postmeister in Hückeswagen, der sich weigerte, eine telephonische Verbindung nach Wipperfürth herzustellen und 2 Büros herzugeben, sowie die Tageseinnahme auszuliefern, wurde nach Wipperfürth abtransportiert und auf dem Wege dorthin durch Kolbenschläge mißhandelt. In Wipperfürth trafen englische Offiziere ein, die sich auch von der gewaltsamen Kohlenbeschlagnahme durch die Franzosen im hiesigen Radiumwerk überzeugten.

Wipperfürth. 10. März. Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Der Postmeister von Hückeswagen, der gestern verhaftet wurde, ist bis zur Stunde noch in Haft.

Chronik der Gewalttaten.

— Die Franzosen haben erneut den Bahnhof Herne besetzt. Ferner erschienen die Franzosen vor dem Gebäude der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft und nahmen die Bestände an Erz und Eisen auf.

— Das vorläufige Veto der Rheinlandkommission gegen die Ernennung des früheren Ministers Hänisch zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden wurde in ein endgültiges Veto umgewandelt.

— Die Franzosen haben ihre Aktion zur Beschlagnahme von Kohlenzügen in der Nähe von Dortmund fortgesetzt. Mehrere Stationen wurden neu besetzt.

— Bei Höchst a. M. wurde an der Schwanheimer Brücke der Arbeiter Merz von einem Marokkaner erschossen. Die Kugel ist ihm von hinten in den Kopf gedrungen.

— Im Bahnhofsgebäude von Löttringhausen ist der Eisenbahnbeamte Heinrich Hölling erschossen worden.

— Von dem von den Franzosen besetzten Polizeipräsidium Essen aus wurde auf einen auf die Straßenbahn wartenden Herrn ohne jeden Anlaß geschossen. Der Schuß durchdrang die Lunge.

— Das Kriegsgericht in Werden verurteilte den Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe zu 7 Millionen Mark Geldstrafe, weil er einen Totschläger in seinem Besitz hatte.

— In Essen wurden in einer der letzten Nächte friedliche Bürger von vier französischen Soldaten mit dem aufgepflanzten Seitengewehr bedroht. Ein Feuerwehrmann wurde durch einen Schuß in die Brust getötet.

Preisabbau und Lohnerhöhung.

Erklärungen des Reichskanzlers.

In der Reichskanzlei fanden in den letzten Tagen Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Spitzengewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkt der wünschenswerten Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt.

In diesen Besprechungen erklärte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zur Herbeiführung der wirtschaftlich möglichen Preisermäßigungen geschehen könne.

Gegenüber der Vermutung, daß die Reichsregierung jeglicher weiteren Lohnerhöhung entgegenwirken wolle, stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemeine durchgängige Hebung der gesamten Löhne den notwendigen Preisabbau unmöglich mache. Außerdem hat sich das Reichsfinanzministerium bereit erklärt, den Beamten und Staatsarbeitern bereits in den nächsten Wochen Vorschüsse auf die Aprilgehälter auszuzahlen. Die Verhandlungen über diese Frage werden fortgesetzt.

Deutschlands Friedens- und Leistungswille

Eine dreifache Richtigstellung.

Die französische Presse der letzten Tage verdächtigt in Auswertung des französischen Gelbbuches über die Pariser und Londoner Konferenz das deutsche Verhalten vor der Londoner und Pariser Konferenz in folgenden Punkten:

1. Die deutsche Regierung habe keinen festausgearbeiteten Plan für die Pariser Konferenz besessen.
2. Die deutschen Industriellen hätten versucht, mit der französischen Industrie Verhandlungen anzuknüpfen, um eine wirtschaftliche Verständigung mit politischen Zielen herbeizuführen.
3. Die Verhandlungen der Industriellen Klöckner, Stinnes und Silverberg hätten dazu führen sollen, Frankreich zu einer Verständigung mit Deutschland hinter dem Rücken seiner Alliierten zu verleiten. Im übrigen hätten die auf Reparationskonto laufenden Kohlenprogramme nicht weiter ausgeführt werden sollen.

Demgegenüber erklärt Staatssekretär a. D. Bergmann, daß er beauftragt war, der Konferenz in Paris auf Wunsch den deutschen Reparationsplan „zu unterbreiten und mündlich zu erläutern". Er habe aber bis zum Abbruch der Konferenz vergeblich auf eine Mitteilung der Entente gewartet.

Ferner erklären die Herren Klöckner, Silverberg und Stinnes: Wir haben uns auf Wunsch der deutschen Regierung zur Führung von Verhandlungen mit der Gegenseite bereit erklärt. Diese Verhandlungen sollten sich auf Lieferung von Brennstoff beziehen. Die Behauptung, daß wir mit der französischen Regierung oder Industrie Verhandlungen geplant haben, um politische Abmachungen zu treffen, entbehrt jeder Grundlage.

Schließlich erklärt der Reichsminister des Auswärtigen, Herr v. Rosenberg: Die deutschen Absichten waren der englischen Regierung bekannt und wurden von ihr begrüßt. Der Vorwurf, wir seien für diese Verhandlungen wohl zu Kohlenlieferungen gegen Barzahlung, aber nicht zu Lieferungen auf Reparationskonto bereit gewesen, ist nicht ernst zu nehmen. Im Zusammenhang mit dem Moratoriumsplan konnte der Vorschlag in einer anderen als der gewählten Form nicht gemacht werden. Mit der Ablehnung des Besuchs der drei Herren brachte Herr Poincaré auch dieses deutsche Angebot zu Fall.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 13. März 1923.

□ **Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland.** Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr mit dem Ausland ist mit Wirkung vom 12. März an auf 4200 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist im Auslandsverkehr auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertangabe anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

□ **Falsche Gerüchte über den Lohnabzug.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Es sind in der Presse Gerüchte darüber verbreitet worden, daß die Arbeitgeber ermächtigt sind, die im Wege des Steuerabzuges einbehaltenen Lohnbeträge jährlich abzuführen und dadurch viele Monate hindurch mit dem Gelde des Fiskus zu arbeiten. Diese Gerüchte sind falsch. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die von dem Arbeitslohn der Arbeitnehmer einbehaltenen Steuerbeträge spätestens bis zum 10. des auf die Lohnzahlung folgenden Kalendermonats an den Fiskus abzuführen. Die Einhaltung dieser Anordnung wird von den Finanzämtern überwacht. Dadurch ist Fürsorge getroffen, daß die im Wege des Steuerabzugs einbehaltenen Beträge dem Reiche so schnell als möglich zufließen.

Kierspe, 12. März. Die Aufnahmeprüfung für die Selekta-Schüler findet am Montag, den 26 März d. Jrs., vormittags 9 Uhr, statt. Anmeldungen werden entgegengenommen von Hauptlehrer Müller, Kierspe. Es wäre zu wünschen, wenn möglichst sämtliche Einwohner der Gemeinde von dieser, überaus wichtigen Schule der weiteren Volksbildung Gebrauch machen. Das Selektaschulgeld ist auf 12 000 Mk. jährlich festgesetzt worden. Es ist daher jedem möglich gemacht, seine Kinder hinzuschicken. In Bedürftigkeitsfällen wird das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen.

Lüdenscheid, 10. März. Der Streik in der hiesigen Industrie ist nach zweitägiger Dauer beendet. Unter Leitung des Gewerberates Heidecker von der Regierung in Arnsberg fanden Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und den Gewerkschaften statt; demzufolge den Arbeitern ein Stundenlohnzuschlag von 500 Mk. gewährt wurde. Die Arbeit ist in allen Betrieben bereits wieder aufgenommen.

):(**Hagen,** 11. März. 24. (ordentlicher) Gautag des D. H. V. (Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen) Gau Niederrhein-Westfalen. Wie alljährlich, so fand auch in diesem Jahre der Gautag des obengenannten Verbandes trotz der schwierigen Zeitverhältnisse statt. Als Tagungsort war Hagen gewählt. Der Tagung wohnten die Abgeordneten aus über 130 Ortsgruppen bei. Die Verhandlungen wurden mit einer vorbildlichen Sachlichkeit geführt. Besonderer Erwähnung wert ist der der Tagung gegebene Jahresbericht des Gaues für 1922. Vorzügliche Ausführungen über unsere gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage leiten den Bericht ein. Der Gau zählte am 1. 1. 1923 insgesamt 32 139 Mitglieder. Aus dem organisatorischen Teil des Berichtes ging hervor, welche gewaltige finanzielle Kraft in der gewerkschaftlichen Kaufmannsgehilfenbewegung steckt. Interessant waren die Ausführungen über die von den 21 berufsamtlichen Geschäftsstellen geleistete gewerkschaftliche und kulturelle Arbeit. Die Zahl der berufsamtlich Angestellten im Gau, der die Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf umfaßt, beträgt rund 130, davon allein 40 im Außendienst. Der Gau gibt an eigenen Zeitschriften heraus: „Der Kaufmannsgehilfe", „Der Kaufmannsgehilfe in der Kohlenwirtschaft", „Westdeutsche Kaufmannsjugend" und 9 Kreiszeitungen. Sehr beachtlich ist der über die wirtschaftliche und soziale Lage im Bergbau gesondert gegebene Bericht. Gewerkschaftliche Erfahrung und Taktik spricht in reichem Maße auch aus den Ausführungen über die Bewegung in der Eisen- und Stahlindustrie. Für jeden der neun Kreise des Gaues lag ein besonderer gewerkschaftlicher Bericht vor. Jugend und Bildung kamen ebenfalls ausführlich zu Wort. Besonders hier zeigte sich die beeinflussende Wirksamkeit des Verbandes. Abrechnung und Voranschlag wurden genehmigt. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen fanden verschiedene Neuwahlen und Anträge Erledigung. Die Tagung befaßte sich noch mit der Frage des Ruhrgebietes.

Benrath, 9. März. Ein Schläfchen im Wartesaal. Auf dem Bahnhof Reisholz wurden einem schlafenden Reisenden im Wartesaal eine Aktentasche, sowie die goldene Uhr mit Kette und sonstige Sachen im Werte von ungefähr 20 Millionen Mark entwendet. Inzwischen ist es gelungen, die Diebe, zwei wohnungs- und arbeitslose Personen, festzunehmen und die Aktentasche mit Inhalt, sowie die wertvolle Uhr wieder herbeizuschaffen. Zwei weitere Personen, die an dem Diebstahl beteiligt waren, konnten noch nicht ermittelt werden.

Köln, 8. März. Die Hochwassergefahr überwunden. Die Hochwassergefahr ist vorläufig wieder vorüber. Gestern ist der Rhein weiter gefallen, so daß der Wasserstand im Kölner Pegel heute früh nur noch 5,33 Meter betrug. Auch vom Oberrhein und den Nebenflüssen wird weiteres langsames Fallen gemeldet.

Herbes Schicksal.

Roman von H. Courths-Mahler.

36] Nachdruck verboten

Einmal hörte ich vom Nebenzimmer aus ganz deutlich, daß die gnädige Frau in einem sehr schroffen Ton zu Herrn von Brockhoff sagte: „Ich muß mir ernstlich diesen Ton verbitten, Herr von Brockhoff, sonst zwingen Sie mich, meinen Mann zu bitten, Ihnen die Besuche in Glossow zu untersagen. Auch werde ich Ihre Besuche nur noch in Gegenwart meines Mannes annehmen. Bitte, verlassen Sie mich jetzt!" Was Herr von Brockhoff erwiderte, konnte ich nicht mehr hören, denn ich lief erschrocken hinaus. Seitdem hatte ich eine seltsame Angst um die gnädige Frau, wenn ich sah, wie sie Herr von Brockhoff mit seinen schwarzen Augen anglühte, als wolle er sie verzehren mit seinen Blicken. Ich wunderte mich nur, daß der gnädige Herr nichts merkte. Aber er war selbst ein so großer Ehrenmann, daß er auch dem Freunde nur Gutes zutraute. Einige Tage später kam Herr von Brockhoff doch wieder in Abwesenheit des gnädigen Herrn, und da er wußte, daß er nicht vorgelassen wurde, wartete er einen Moment ab, wo die gnädige Frau aus dem Hause trat, um einen Spaziergang zu machen. Sie trat sofort wieder ins Haus zurück und rief Sie mit Ihrer Wärterin herbei. Sie ließ Sie beide nicht von ihrer Seite, bis der gnädige Herr nach Hause kam.

In jenen Tagen verlobte ich mich mit meinem Manne. Die Herrschaft hatte uns beiden erlaubt, auch in Zukunft in Glossow unsern Posten zu behalten. Der gnädige Herr hatte darein erst nicht willigen wollen, aber die gnädige Frau legte ein gutes Wort für uns ein. Ich ging zu ihr und wollte mich für ihre Fürsprache bedanken. Da sah ich, daß sie geweint hatte. In demselben Augenblick wurde ihr Herr von Brockhoff gemeldet. Sie ließ ihn abweisen, weil der Herr nicht zu Hause war. Zugleich kamen ihr aber wieder die Tränen, und halb wider ihren Willen fuhren ihr die Worte heraus: „Liebe Mamsell, kann man denn nichts tun, einen so aufdringlichen Menschen loszuwerden?" Sie sah mich dabei fast hilfeflehend an mit ihren klaren grauen Augen, durch die man meinte, bis auf den Grund der Seele schauen zu können.

Gnädige Frau sollten es dem gnädigen Herrn sagen, antwortete ich.

Seufzend sah sie mich an.

„Wenn das so einfach wäre, Mamsell. Sie haben es wohl schon gemerkt, wie schrecklich mir die Besuche Herrn von Brockhoffs sind?"

Ja, gnädige Frau, ich habe auch schon einmal im Nebenzimmer gehört, wie Sie ihn zurückgewiesen haben und sich seine Besuche in Abwesenheit des gnädigen Herrn verbaten.

Wieder seufzte die gnädige Frau.

Ich wollte, er käme nicht mehr nach Glossow. Ich habe ihn von Anfang an nicht leiden mögen, und jetzt fürchte ich mich geradezu vor ihm.

So sagen Sie es doch dem gnädigen Herrn, gnädige Frau, riet ich wieder.

Sie schüttelte den Kopf.

„Das geht ja nicht. Wenn ich meinem Manne etwas sage, muß ich Gründe angeben, muß ihm sagen, daß mich Herr von Brockhoff belästigt. Und dann — Sie kennen den Jähzorn meines Mannes — dann ist ein Duell nicht zu vermeiden. Sie können sich doch denken, Mamsell, daß ich davor zittere. Ach, ich wollte, Herr von Brockhoff wäre wieder über alle Berge."

Nun konnte ich die gnädige Frau nur zu gut verstehen. An ein Duell hatte ich nicht gedacht. Welche Frau soll denn ihren Mann, den sie liebt, zu einem Duell bringen.

Die gnädige Frau bat mich dann noch, stets sofort an ihre Seite zu eilen, sobald Herr von Brockhoff in Glossow auftauchte und bei ihr zu bleiben, bis der gnädige Herr anwesend war.

Das versprach ich auch und tröstete die gnädige Frau damit, daß Herr von Brockhoff doch nicht ewig in Gosserow bleiben könne und bald abreisen würde.

Wieder vergingen einige Tage und Herrn von Brockhoff war es nicht mehr gelungen, die gnädige Frau allein zu sprechen.

Da kam eines Tages ein Billett von Herrn von Brockhoff an unsern gnädigen Herrn. Ich war gerade im Zimmer. Er las es und sagte zur gnädigen Frau: „Brockhoff bittet mich für den Abend nach Gosserow. Im Gasthof soll eine fidele Sitzung sein. Also werde ich dich heute abend allein lassen müssen, Bettina, denn Brockhoff reist in den nächsten Tagen ab."

Die gnädige Frau atmete auf und sah mich verstohlen an, als fiele ihr eine schwere Last vom Herzen.

Am Abend fuhr dann der gnädige Herr nach Gosserow hinüber. Er hatte erst noch mit Ihnen gespielt, und als Sie dann zu Bett gebracht worden waren, verabschiedete er sich zärtlich von Ihnen. Auch die gnädige Frau herzte und küßte Sie noch einmal und ging mit dem gnädigen Herrn bis zum Wagen. Er fuhr ganz allein in dem neuen Sandschneider und ich sah noch, wie er in seine Brusttasche fühlte, ob er seinen Revolver bei sich hatte. In jener Zeit trieb sich nämlich eine Zigeunerbande in der Gegend umher und machte sie unsicher. Deshalb trug der Herr stets eine Waffe bei sich, wenn er allein ausritt oder fuhr. Zärtlich hatte der gnädige Herr von der gnädigen Frau Abschied genommen. Dann fuhr er davon.

Die gnädige Frau ließ sich nun ein bequemes Hauskleid überwerfen, dann ging sie in ihr Zimmer an ihren Schreibtisch. Ich hatte noch etwas mit ihr zu besprechen.

Später sah sie noch einmal nach Ihnen, weil Ihre Wärterin Zahnweh hatte und von ihr zu Bett geschickt worden war.

Die Domestiken hatten sich auch schon auf ihre Zimmer im Souterrain zurückgezogen.

Es war ein heißer, schwüler Abend.

Ich hatte noch einiges mit meinem Verlobten zu besprechen, und wir trafen uns draußen vor dem Hause.

Als ich über die Veranda ging, sah ich, daß die gnädige Frau in ihrem Boudoir auf dem Diwan lag und las. Die Tür nach der Veranda stand weit offen. Ich freute mich im Vorübergehen über das hübsche Bild. Ungefähr zehn Minuten oder eine Viertelstunde sprach ich mit meinem Verlobten, dann verabschiedeten wir uns. Er wohnte im Verwalterhause und ich ging ins Haus zurück. Wieder ging ich an der offenen Tür vorüber und sah lächelnd auf die gnädige Frau. Sie lag noch immer auf dem Diwan und las.

In der Halle saß noch ein Diener, der den gnädigen Herrn erwarten sollte. Er schlief in einer Ecke und hörte mich nicht. Da schloß ich die Tür ab. Der gnädige Herr mochte lieber klingeln, wenn er heimkam.

Dann ging auch ich in mein Zimmer und nahm noch eine Näharbeit vor, denn meine Aussteuer sollte bald fertig werden.

(Fortsetzung folgt.)

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		10. 3. gesucht	10. 3. angeb.	9. 3. gesucht	9. 3. angeb.
Holland	1 Gulden	8224.38	8265,62	8214,41	8255,59
Dänemark	1 Krone	3950,10	3969,90	3930,15	3949,85
Schweden	1 Krone	5531,13	5558,87	5496,22	5532,78
Norwegen	1 Krone	3755,58	3774,42	3720,67	3739,33
Schweiz	1 Frank	3880,27	3899,73	3864,31	3883,69
Amerika	1 Dollar	20797,87	20902,13	20748,00	20852,00
England	1 Pfund	97755,00	98245,00	97256,25	97743,75
Frankreich	1 Frank	1246,87	1253,13	1246,87	1253,13
Belgien	1 Frank	1077,30	1082,70	1067,32	1072,68
Italien	1 Lira	987,52	992,48	987,52	992 48
Dt.-Österr.	100 Kron.	28,82	28,98	28,42	28,58
Ungarn	1 Krone	6,83	6,87	6,83	6,87
Tschechien	1 Krone	618,45	621 55	615,20	618,30

Stand der Polenmark am 10. März 47,25 Pf.

* **Produktenmarkt. Berlin, 10. 3.** Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 36 000—38 000. Fest. Roggen, märkischer 34 000—35 000. Fest. Sommergerste, märkische 29 000—31 000. Fest. Hafer, märkischer 27 000—29 000. Fest. Mais loko Berlin 42 000, waggonfrei Hamburg 37 000—37 750, Fest. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 110 000 bis 120 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Fest. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 100 000—110 000. Fest. Weizenkleie frei Berlin 16 000—17 500, Roggenkleie frei Berlin 18 000 bis 20 000. Fest. Raps 85 000. Unverändert. Leinsaat 85 000. Unverändert. Erbsen, Viktoria 60 000—70 000, kleine Speiseerbsen 50 000—55 000, Futtererbsen 30 000—35 000, Peluschken 70 000—80 000, Ackerbohnen 35 000—38 000, Wicken 55 000 bis 75 000, Lupinen, blaue 45 000—55 000, Luvinen, gelbe 70 000 bis 90 000, Seradella 75 000—100 000, Kapskuchen 25 000, Trockenschnitzel 12 500—13 500, vollwertige Zuckerschnitzel 19 000 bis 21 000, Torfmelasse 30-70 7000—8000, Kartoffelflocken 19 000.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt: drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 13 000—15 000, desgl. Haferstroh 10 000 bis 12 000, desgl. Gerstenstroh 8000—10 000, Roggenlangstroh 13 500 bis 14 500, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 12 000 bis 14 000, loses Krummstroh 9000—12 000, Häcksel 18 000—19 000, handelsübliches Heu 14 500—16 500, gutes Heu 16 500—18 500 Mark

* **Berliner Viehmarkt** vom 10. 3. Auftrieb: 1228 Rinder, 1015 Kälber, 2175 Schafe, 4679 Schweine, 18 Ziegen, 423 Schweine und 74 Rinder aus dem Memelgebiet und 122 Rinder aus Dänemark. Preise: Ochsen 140 000—220 000, Bullen 150 000—190 000, Kühe 100 000—210 000, Kälber 130 000 bis 280 000, Schafe 90 000—230 000, Schweine 230 000—290 000, Ziegen 120 000—140 000. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig, ausgesuchte Kälber und Schafe über Notiz; fette Schweine vernachlässigt.

* **Der Erfolg der Leipziger Frühjahrsmesse** besteht diesmal darin, daß sie inmitten der schwersten, wirtschaftspolitischen Bedrängnis Deutschlands die unerschütterliche Lebensfähigkeit des deutschen Schaffens erneut bewiesen hat. Die Aussteller der meisten Produktionszweige sind mit dem geschäftlichen Erfolge zufrieden. Auf der technischen Messe bleibt die Kollektivausstellung des Vereins deutscher Werkzeugfabriken und das Haus der Elektrotechnik noch bis zum 14. d. Mts. geöffnet, da der Besuch großer Verbände und Vereine angemeldet ist.

* **Sinkende Lebensmittelpreise im Auslande.** Im allgemeinen geht die Teuerung in den meisten Ländern zurück. So hat sich in den nordischen Ländern die Abwärtsbewegung der Preise weiter fortgesetzt. Auch in England haben die Ernährungskosten infolge des Rückganges der Preise für Eier, Speck und Butter wieder um 1,7 % abgenommen, im ganzen Jahr 1922 die Ernährungskosten um 5,4 %, die Lebenshaltungskosten dagegen um 7,3 %. In Italien verbilligte sich die Ernährung im Dezember 1922 um 2,4 %, im Januar 1923 um weitere 1,5 %, für die Lebenshaltung um 1,5 % und 0,9 %. Zu den Ländern mit steigenden Preisen ist Frankreich gekommen. Die Ernährungsausgaben stiegen dort schon im Dezember 1923 um 2,7 %. In Polen sind die Kosten für die Lebenshaltung in den letzten Monaten bedeutend gestiegen.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Lebensmittelpreise in den Berliner Markthallen** am 10. 3. pro Pfund in Mark: Rindfleisch 3200—5000, Kalbfleisch 2400 bis 4000, Hammelfleisch 3800—4400, Schweinefleisch 3800 bis 4500, Meiereibutter 6200—7300, Margarine 2900—4000, Schmalz 3400—3500, Rindertalg, ausgel. 3300—3600, Pflanzenfett, lose 3300—3800, Speisekartoffeln 60—70, Kaffee, geröstet 11 500 bis 14 000, Kakao 4000—6500, Zucker 650—700, Weizenmehl 800 bis 1000, Seelachs 750—850, Austernfisch 1500. Bleie 1000—1500. Quadratkäse 2200, Edamer Käse 5600—7500, Steinbuscher Käse 4500. Tee 16 000—24 000.

* **Die Berliner Butternotierungskommission** notierte am 10. 3. im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel folgende Preise, wobei Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen: 1. Qualität 5500 Mark, 2. Qualität 4900—5100 Mark. Tendenz fest.

* **Verbilligung für freies Brot in Berlin.** Ab 12. März soll das markenfreie Brot, das bisher 2000 Mark gekostet hat, sich auf 1750 Mark stellen, die Schrippe (Brötchen) statt 80 Mark 70 Mark kosten. Am gleichen Tage wird das Markenbrot von 820 auf 900 Mark heraufgesetzt.

Vermischtes.

▲ **Mehr als drei Dutzend Geldscheinsorten** gibt es gegenwärtig in Deutschland! Der höchste im Umlauf befindliche Schein ist bis auf weiteres — die Hunderttausendmarknote ist bereits in Sicht! — die Fünfzigtausendmarknote, die in zwei Ausgaben erscheint. Die neuesten Noten sind die eben erst erschienenen Zwanzigtausendmarkscheine. Von den Zehntausendern gibt es jetzt außer der altbekannten eine neue Ausgabe, während der Fünftausender in drei und der Tausendmarkschein sogar in sechs verschiedenen Mustern zu haben ist. Eine Nummer für sich ist der weiße Fünfhundertmarkschein, der wie eine Quittung aussieht, und den man auch als Briefpapier verwenden kann. Was dann folgt ist „Scheidemünze": weiße und bunte Hundertmarkscheine (die weißen will die Reichsbank übrigens in absehbarer Zeit einziehen), Fünfzigmarkscheine in allen erdenklichen Varietäten, Zwanziger, Zehner, Fünfer und — wer lacht da? — Scheine zu 2 und 1 Mark, von denen die Mehrzahl wie aus dem Müllkasten geholt aussieht. Dazu kommen dann noch die diversen Stadtscheine und das Papiergeld der deutschen Länder. Wir haben also ein ganz hübsches Sümmchen von Geldscheinsorten und kamen doch einst mit sieben Banknoten ganz gut aus. Auf allen Scheinen aber ist noch heute zu lesen, daß die Reichsbankhauptkasse gegen diese Banknote dem Einlieferer soundsoviel Mark zahle. Probier's mal und laß dir von der Reichsbankhauptkasse den Betrag auszahlen!

▲ **Schieber.** Man ist es oder ist es nicht, aber selbst wenn man's ist, braucht man sich nicht ruhig gefallen zu lassen, daß ein anderer es einem ins Gesicht sagt. Ein Berliner Gericht hat nämlich festgestellt, daß das Wort „Schieber" eine Beleidigung und Ehrabschneidung ist, und daß in neuerer Zeit damit großer Unfug getrieben werde. Zwar rufen es sich auch gute Freunde auf der Straße bei der Begrüßung als Kose- und Neckwort zu, und wenn, treu nach Schillers „Glocke", jedoch untreu im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches, vom Mädchen sich stolz der Knabe reißt, wird ihm wohl auch, sozusagen als Bescheinigung seiner Unterwertigkeit, ein „Oller Schieber!" nachgerufen, ohne daß damit eine empfindliche Ehrenkränkung verbunden zu sein braucht. Aber bös wird die Sache, wenn z. B. bei geschäftlichen Auseinandersetzungen die badernden Parteien sich gegenseitig mit „Schieber" titulieren, womit man jetzt sehr rasch bei der Hand ist. Da man vor Gericht einen Wahrheitsbeweis nur antreten darf, wenn die Tatsache, die man von einem andern behauptet, eine strafbare Handlung enthält, kann man mit dem „Schieber" arg hineinsausen. Mit andern Worten: man muß einem schon wirkliche strafbare Schiebungen nachweisen können, wenn man sich das Recht nehmen will, ihn als Schieber an den Pranger zu stellen. Also lieber nicht! Und im übrigen: „Du glaubst, er schiebe, und hast selbst geschoben!"

▲ **A. A. A. A. A. A. A.** Das ist kein Naturlaut anrüchiger Art, das ist keine Tonleiterübung einer gottbegnadeten Sängerin, und das ist auch kein Buchstabenrätsel: das ist vielmehr die wunderhübsche Abkürzung einer Firma, die als erste auf der ersten Seite des neuen Berliner Telephonbuches steht. Oder ist es vielleicht doch ein Preisrätsel? Denn als Erläuterung steht hinter dem AA-Gestammel in Klammern: „Adäquate Anfertigungsstätte aller Amput. anzul. Ausrüst. Appar." Gott, mein Gott, was mag das nur auf deutsch heißen? Und wie muß der arme Mensch, der die fürchterliche Aufgabe hatte, die sieben A-Worte auszuknobeln, geschwitzt haben! Nicht auszudenken, was geschehen würde, wenn jetzt jemand mit acht oder noch mehr As käme, um das Kommando des ganzen Telephonbuches zu übernehmen. Die Firma mit den nur sieben As wäre dann ja vollständig „aufgeschmissen"!

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Franz in neuer Auflage.** Aus Berlin wird berichtet: Die Angelegenheit des Ingenieurs Franz, der bekanntlich in einen sensationellen Sittlichkeitsprozeß verwickelt war, dürfte noch einmal das Gericht beschäftigen. Geheimrat R. und dessen Tochter, die durch Franz verführt worden sein soll, haben gegen den Ingenieur, dessen Vater und zwei Berliner Redakteure eine Privatklage wegen Beleidigung eingereicht, weil in mehreren Artikeln eines hiesigen Blattes behauptet worden war, daß Geheimrat R. die Verführung seiner Tochter zu einer großen Erpressung auszunutzen versucht habe, indem er von Franz 500 000 Mark Schadenersatz forderte. Franz nimmt für sich die Wahrnehmung berechtigter Interessen in Anspruch und will überdies vor Gericht den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen antreten.

§ **Die erste Sitzung des süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes.** Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik trat in Leipzig unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt zu seiner ersten Sitzung zusammen. Verhandelt wurde gegen die Heidelberger Studenten Bacherer und Gruhl, die im Juni 1922 bei einem Korpsausflug in Donaueschingen von einer zum Empfang des Erzbischofs errichteten Ehrenpforte eine schwarzrotgoldene Reichsfahne herabgerissen und diese dann im Wirtshaus verbrannt hatten. Sie wurden wegen gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu je 100 000 Mark Geldstrafe oder einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ferner verurteilte der Senat den Kaufmann Ehrenpfort und den Bäcker Stadler zu je fünf Wochen Gefängnis, weil sie in Füßen in Niederbayern ein von dem Archivar Laun verfaßtes Schmähgedicht auf den Reichspräsidenten hatten anschlagen helfen. Laun selbst entzog sich der Verantwortung durch die Flucht.

§ **Viehwucher.** Das Wuchergericht in Elberfeld verurteilte den Viehhändler Adam Breymann aus Rietberg wegen Wuchers beim Viehhandel zu einer Million Mark Geldstrafe. Breymann hatte im Januar auf dem städtischen Viehhof in Elberfeld 14 Stück Großvieh feilgehalten und durch hohe Preisforderungen unter den Händlern so große Empörung hervorgerufen, daß er gelyncht worden wäre, wenn die Polizei ihn nicht geschützt hätte.

§ **Die Revision im Harden-Prozeß.** Am 15. März findet vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Verhandlung über die von der Staatsanwaltschaft und dem Nebenkläger Harden eingelegte Revision gegen das Urteil, das ein Berliner Schwurgericht gegen die Harden-Attentäter Grenz und Weichert gefällt hat, statt. Das Schwurgericht hatte wegen gefährlicher Körperverletzung Grenz zu vier und Weichert zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

§ **Wilhelms II. Klage gegen den Schriftsteller Emil Ludwig zurückgezogen.** In dem Prozeß des ehemaligen Kaisers gegen den Schriftsteller Emil Ludwig zwecks Verbots des Bismarck-Dramas „Die Entlassung" hatte, wie erinnerlich, vor dem Kammergericht in Berlin im einstweiligen Verfahren der Autor gegen den Kaiser gesiegt. Vor Eintritt in die Hauptverhandlung, die in diesen Tagen beginnen sollte, hat, wie man jetzt erfährt, der Kläger die Klage zurückgenommen. Das Stück ist bereits auf einigen Bühnen gespielt worden und hat nirgends einen Zwischenfall hervorgerufen.

Arbeiter und Angestellte.

St Etienne. (Bergarbeiterstreik.) Nach einer Havas-Meldung haben die Bergarbeiter den allgemeinen Ausstand im gesamten Grubengebiet der Loire beschlossen.

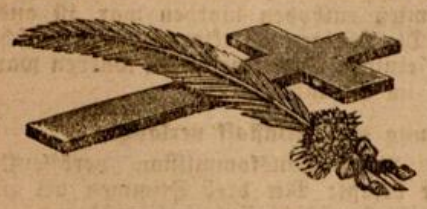
Breslau. (Lohnzahlung in Polenmark.) Zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden Polnisch-Oberschlesiens ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem die Auszahlung der Löhne in Zukunft in polnischer Mark erfolgt. Man will dadurch die Gestaltung des Kursverhältnisses zwischen der polnischen und der deutschen Mark beeinflussen. Es wird darauf hingewiesen, daß für die Lohnzahlungen in Polnisch-Oberschlesien bisher 18 Milliarden deutsche Mark erforderlich waren. Die polnischen Industriekonzerne mußten infolgedessen große Mengen deutscher Mark kaufen. Man will nun bezwecken, daß dieser Bedarf der polnischen Mark zugute kommt.

Berlin, 12. März. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 20 650.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat März 2000,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute nacht 11½ Uhr ist meine liebe Schwester, unsere gute Tante

Wilhelmine Fischer

im Alter von 78 Jahren in Frieden heimgegangen.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Fischer.

Rönsahl, den 11. März 1923.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 15. März, nachm. 4 Uhr in Rönsahl statt. Es wird freundl. gebeten, von Kranzspenden und Beileidsbesuchen abzusehen.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.

209 Fernruf 1897 und 3965

Die Not der Presse

fordert unbedingt, dass die gesamten wirtschaftlichen Kreise die Tages- und Fachpresse durch Zuwendung von Anzeigenaufträgen, Aufrechterhaltung des Bezuges und Zuwendung von Druckaufträgen unterstützen. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Presse für die Allgemeinheit, auf die Wichtigkeit einer unabhängigen Presse für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland und auf die hohe Bedeutung der Presse in dem gegenwärtigen Abwehrkampfe am Rhein und Ruhr fordern wir Industrie und Handel unseres Bezirkes auf, zur Erhaltung einer wirtschaftlich unabhängigen Presse beizutragen.

Die Handelskammer zu Lüdenscheid.

Die hervorragendsten Instrumente u Künstlerplatten

‚Grammophon'

unübertroffene Weltmarke

Spezialvertr.

Roth & Junius,

Hagen i. W., Bahnhofst. 29



Alles zu seiner Zeit! Die Zeitungsanzeige aber einige Wochen vor ihrer Zeit!

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Termine zur Zahlung der Beiträge finden statt:

in Kierspe	am 26. März	10—12, 2—5	Uhr,
„ Kierspe-Bhf.	„ 27.	„ 1—6	Uhr nachm.
„ Vollme	„ 28.	„ 10—12	Uhr vorm.
„ Oberbrügge	„ 28	„ 2—4½	Uhr nachm.

Kopierbücher 500 und 1000 Seiten sind vorrätig. **Wilh. Bell jr., Halver.**

Moderne

Damen- und Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus „Westfalia".

Hagen i. W.,

Elbers-Ufer 10, 1968 Eingang Haidenstr.

Große starke

Kisten

hat abzugeben

Wilh. Bell jr., Halver.

Ein so gut wie neuer

Herd

Tiefbau und Aufsatz und eine

2schläfige Bettstelle

mit Matratze

zu verkaufen.

Wo sagt die Geschst. d. Allg. Anz. Halver.